

Wie viel Islam gehört zu Deutschland?



Am 12. Mai fand in der Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP) der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn das „Bonner Forum“: „[Der Islam und die säkulare Gesellschaft](#)“ statt. Etwa 30 Gäste waren gekommen, von denen sich einige besser in Islamkunde auszukennen schienen als der Gastreferent und Top-Propagandist Professor Bülent Ucar (kl. Foto). Hervorragend: die hochgeschätzte Islamwissenschaftlerin Professor Christine Schirmacher aus Bonn!

(Von Verena B., Bonn)

Referenten waren der deutsch-türkische Islamtheologe an der Universität Osnabrück, Professor Dr. Bülent Ucar, der als einer der gefragtesten Koranglehrten (Islamwissenschaftler und Religionspädagoge) in Deutschland gilt und der unter anderem einer der ersten Professoren war, die berufen wurden, islamischen Religionsunterricht einzuführen. Es referierten ferner Professor Dr. Clemens Albrecht vom Institut für Soziologie und Politikwissenschaft von der Universität Koblenz-Landau, Professor Dr. Gottfried Künzlen vom Institut für Theologie und Ethik von der Universität der Bundeswehr München sowie Professorin Dr. Christine Schirmacher, die zu den profiliertesten Kennern des Islams zählt. Sie lehrt

Islamwissenschaften an verschiedenen Universitäten und hat seit 2014 eine Vertretungsprofessur (50 Prozent) am Institut für Orient- und Asienwissenschaften, Abteilung für Islamwissenschaft und Nahostsprachen an der Universität Bonn inne. Ferner leierte noch Professorin Dr. Anne-Marie Bonnet vom Kunsthistorischen Institut der Universität Bonn in rasendem Tempo etwas über „Islamische Kunst in der säkularen Gesellschaft“ vom Blatt runter, die hier überhaupt nicht geschätzt werde, wobei sich die Frage stellte, was diese antiwestlich eingestellte und verbissen rüberkommende Dame in der Runde eigentlich zu suchen hatte.

Das Forschungsprojekt „Wie viel Islam gehört zu Deutschland?“

Integrationserfahrungen junger und alter Menschen in einer säkular geprägten Gesellschaft am Beispiel des Ruhrgebiets“ will die Gründe für die fortbestehende kulturelle Distanz im Alltag zwischen der deutschen Mehrheitsgesellschaft und muslimischen Migranten im Ruhrgebiet – unter besonderer Berücksichtigung der Situation jüngerer und älterer Menschen – eingehend untersuchen. Ziel ist es, nicht nur das Verständnis von Integrationshindernissen zu verbessern, sondern auch auf der Grundlage einer fundierten Analyse der Situation im Ruhrgebiet und der praxisnahen Evaluation ausgewählter Integrationsprojekte konkrete Ansätze für die Belebung des interkulturellen Austauschs im gesellschaftlichen Alltag sowie gezielte Projekte der Alten- und Jugendhilfe zu erarbeiten. Gerade die Integration von Mitgliedern der älteren und jüngeren Generation von Muslimen stellt die deutsche Politik und Gesellschaft derzeit vor die größten Herausforderungen. Nirgendwo in Deutschland stellen sich diese Herausforderungen unmittelbarer als im Ruhrgebiet. Hier leben Christen und Muslime seit Jahrzehnten nebeneinander – oft jedoch auch nebeneinander her.

Das Islamisierungs-Forschungsprojekt steht unter der Schirmherrschaft von Bundespräsident a.D. Christian Wulff, der im Februar im Rahmen seiner Islam-Werbetournee ebenfalls in

der BAPP noch einmal zum Thema „Der Islam gehört (trotzdem) zu Deutschland“ eine Dawa-Motivations-Vortrag hielt ([PI berichtete](#)).

Die Projektleitung liegt bei Prof. Dr. Volker Kronenberg, Akademischer Direktor am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn sowie Wissenschaftlicher Leiter an der Bonner Akademie (und Doktorvater von Bülent Ucar, dem er offenbar sehr freundschaftlich verbunden ist) sowie Dr. Boris Berger, Geschäftsführer der Bonner Akademie, die die oben genannte Veranstaltung moderierten. Das auf drei Jahre angelegte Forschungsprojekt wird von der Brost-Stiftung gefördert.

Wir waren hauptsächlich gekommen, um Frau Schirmacher im Duell Dialog mit Bülent Ucar zu erleben und hörten vorher gerne den Vortrag von Clemens Albrecht zum Thema „Religion und Moderne. Eine nötige Klärung.“ Diese Klärung lieferte Albrecht, indem er klar feststellte, dass die Ideologie des Islams nicht mit dem Grundgesetz vereinbar und ein Problemthema in Europa ist. Religion besitzt nicht mehr die Bedeutung, die sie einmal hatte. Wäre auch eine Gesellschaft von Atheisten möglich? So habe Rousseau für eine Zivilreligion, Voltaire für eine Volksreligion, Holbach für eine Ersatzreligion (politische Religion wie in totalitären Systemen) gestanden. Es folgten weitere hochwissenschaftliche Erläuterungen.

Gottfried Küenzlen („Säkularer Verfassungsstaat und Islam: gegenwartsdiagnostische Anmerkungen“) berichtete, dass die Diskussion über dieses Thema zu ambivalenten Ergebnissen geführt habe. Der Islam sei kaum liberal. Fragen nach der Demokratieverträglichkeit des Islams und nach dem, was in den Moscheen passiert, dürfe man nicht ausweichen, denn es handle sich um Grundlagen, die mit der westlichen Demokratie nicht übereinstimmen. Es sei nicht zu übersehen, dass die Einheit von Religion und Politik prägend für Eroberer ist, und der Prophet sei ein solcher, was sich aus den zentralen Aussagen

des Korans und den überlieferten Hadithen eindeutig ergebe.

Küenzlen wollte „niemanden beleidigen“, wollte auch nicht „missverstanden“ werden und betonte, dass er auch kein Islamwissenschaftler sei, aber hinsichtlich der Verachtung und Gewalt gegen Andersgläubige, der Verweigerung der Religionsfreiheit, des Herrschaftsanspruchs sowie der Gleichberechtigung von Mann und Frau bestehe Klärungsbedarf. Ob nun aus Unkenntnis oder aus Angst, in die rechte Ecke gestellt zu werden, betonte Küenzlen, dass man Islam und Islamismus nicht gleichsetzen dürfe. Es gebe nicht „den Islam“, sondern unterschiedliche Strömungen wie im Christentum. Religiöser Fundamentalismus sei aber eine der dominanten Strömungen im Islam, und der IS setze auf die Einheit von Religion und Politik. Deutschland sei realitätsblind und habe keinen Mut, etwas dagegen zu tun. Die Selbst-Ghettoisierung der Muslime sei darüber hinaus auch ein unheilvoller Weg für einen säkularen Verfassungsstaat.

[Bülent Ucar](#) („Der Islam und die säkulare Gesellschaft“) traf erst kurz vor seinem nach der Mittagspause angesetzten Vortrag ein, der nur eine Viertelstunde dauerte. Vorab zur Information: Eine der Kernaussagen des von der Islamisierungslobby hochgeschätzten und sehr von sich selbst und seinem Glaubenscredo überzeugten Ucars lautet: „Der angemessene Umgang mit Minderheiten und Diversitäten bei einem allgemein verbindlichen Wertekodex wird für unsere Gesellschaft in Deutschland mittel- und langfristig überlebensnotwendig sein“.

Das sagte er auf der Veranstaltung aber nicht, wohl ahnend, dass die Zuhörerschaft nicht ausschließlich aus manipulierten Islamisierungs-Befürwortern bestand. Worüber er auch nicht sprach, war die Insidern bekannte Forderung, dass in allen Schulformen in NRW mindestens 50 Prozent der Lehrer muslimischen Glaubens sein sollten. Es erstaunt die Islamkritiker auch nicht, dass die bislang immer noch nicht verbotenen demokratiefeindlichen und antisemitischen

islamischen Vereine (Milli Görüs, Verband der Islamischen Kulturzentren e.V. – VIKZ, ATIB – Graue Wölfe -, Gülen-Bewegung etc.) Bülent Ucar stets unterstützen, während sie „liberale“ und sich kritisch äussernde Islamtheologen wie [Muhammad Sven Kalisch](#) (Uni Münster, inzwischen abberufen, da nicht ausreichend linientreu) und seinen Nachfolger, Mouhanad Khorchide, sowie Ahmad Milad Karimi (ebenfalls Uni Münster) angreifen und sogar bedrohen.

Wie alle seine intoleranten und die Meinungsfreiheit verachtenden Glaubensbrüder bezeichnete Ucar die Kritik am Islam selbstverständlich als eine Geisteskrankheit („Islamophobie“). Ablehnung, Vorurteile und Ängste müssten mithilfe von Aufklärungsveranstaltungen über den Islam abgebaut werden, wobei er allerdings nicht sagte, welchen Islam (den „richtigen“, also guten oder den „bösen“, also falschen“, also den „wahren“ Islam) er meinte.

Der Gelehrte berichtete über die [Allensbach-Umfrage](#) „Angst vor dem Islam. Die Einstellung der Deutschen zum Islam“.

Dort heißt es unter anderem:

Da die meisten Deutschen wenig direkten Kontakt zu Muslimen oder zur islamischen Welt pflegen, wird ihr Islambild nachhaltig von den Massenmedien geprägt. Die demoskopische Lage des letzten Jahrzehnts zeigt denn auch einen Trend auf, wonach ein Großteil der deutschen Bürger Angst vor dem Islam hat. Dies wiederum begünstigt ein konfliktorientiertes Gesellschaftsklima, in dem der Islam vor allem als ein Quell steter Probleme und Gefahren in der Außen- und Innenpolitik betrachtet wird. Für die Aufrechterhaltung des Gesellschaftsfriedens ist also die Reflexion und Diskussion des Islambildes der Medien eine wichtige Voraussetzung.

Die meisten Menschen verbänden mit dem Christentum Nächstenliebe, während ca. 70 Prozent der Deutschen mit dem Islam „Gefühle tiefster Fremdheit“ assoziierten und ihn für

demokratiefeindlich hielten. Irritierend für religiöse Muslime sei die hohe Anzahl leerstehender Kirchen. Der Unterschied zur christlichen Religion bestünde darin, dass es im Islam nur „Gott“ zukomme, Entscheidungen über das Leben der Menschen zu treffen. Hier müsse man sich gegenseitig annähern und ein Gleichgewicht finden. Die Scharia sei ja wandelbar, so dass das islamische Scharia-Recht durchaus mit der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ in Einklang gebracht werden könne (hier widersprach später ein couragierter Teilnehmer heftig).

Die Bertelsmann-Stiftung habe im [vergangenen Jahr eine Studie](#) erstellt, aus der sich ergibt, dass die Mehrheit der deutschen Bevölkerung den Muslimen ablehnend gegenübersteht und „Gefühle tiefster Fremdheit“ empfinde.

Hier kann der türkische Religions- Professor aber ganz beruhigt sein, denn Deutschland will jetzt stärker gegen „Rassendiskriminierung und rassistische Vorurteile“ (Kritik am Islam) vorgehen, die nach Einschätzung der Bundesregierung „in allen Teilen der Gesellschaft anzutreffen sind“. Der Kampf dagegen solle intensiviert und, wo nötig, auch stärker mit strafrechtlicher Verfolgung geführt werden, berichteten Regierungsvertreter am 5. Mai vor dem Anti-Rassismus-Ausschuss der Vereinten Nationen in Genf. Das Expertengremium prüfte, ob und wie Deutschland die Antirassismus-Konvention der UN umsetzt. Wie alle Vertragsstaaten muss sich Deutschland einer regelmäßigen Kontrolle unterziehen. Das Komitee verlangt nun in einem Bericht von den deutschen Behörden einen besseren Schutz von Asylbewerbern. Dort heißt es ferner:

Der „Anstieg der gewaltsamen Attacken auf diese Menschen, die von Krieg und Unterdrückung geflohen seien, ist für die Experten nicht hinnehmbar. Mit „großer Sorge“ beobachten die Fachleute auch die Verbreitung von „rassistischen Ideen“ durch „bestimmte politische Parteien und Bewegungen“ und die daraus resultierende Gewalt gegen Minoritäten. Die Behörden müssten viel entschlossener gegen diese Propaganda vorgehen.

Allerdings versäumen es die Mitglieder des Antirassismuskomitees, Beispiele zu nennen. Wie „rassistisch“ zum Beispiel islamische Länder sind, spielt auch keine Rolle.

Frau Schirmacher („Islam und Demokratie – Kongruenz oder Divergenz?“) fasste die Ergebnisse des [Arab-Survey-Berichts](#) zusammen, in dem 2015 3.500 arabische Jugendliche in 16 Ländern zu ihren Hoffnungen und Befürchtungen befragt worden waren. Die Aussichten einer Demokratisierung der eigenen Länder werden von vielen Befragten demzufolge wieder pessimistischer eingeschätzt.

Aus muslimischer Sicht gebe es hier unterschiedliche Zugänge. Die traditionelle Sicht: Staat und Religion gehören zusammen, die fundamentalistische Sicht: Überhöhung, stärkere Gewichtung der politischen Ideologie und die modernistische Auseinandersetzung: Staat ist irrelevant, Menschen stehen im Mittelpunkt, Prophet ist ein Staatsfeind.

Schirmacher sieht das Gewaltproblem des Islams darin, dass sich der politische Islam auf die wesentlichen Quellen des Islams beruft, die kein grundsätzliches Verbot von Kriegsführung und Gewalt zur Verteidigung des Islams formulieren. Es gebe auch kein generelles Dschihad-Verbot. Das Vorbild Mohammeds als Kriegsherr und das grundsätzliche Gebot, ihn in allem nachzuahmen, sei von der Theologie nie grundsätzlich relativiert worden. Zwar gebe es viele Gebote zur Einschränkung der Gewaltanwendung beim Dschihad und auch Bedingungen, ihn überhaupt zu führen, ein generelles Dschihad-Verbot in den autoritativen Quellen gebe es aber nicht. Ein Gebot der generellen Nächstenliebe oder Feindesliebe kenne die islamisch-klassische Theologie nicht. Wird eine generelle Distanzierung der Theologen von allen Quellen des Islams, die Gewalt aus welchen Gründen auch immer rechtfertigen, künftig aus der Mitte der islamischen Theologen selbst kommen, wie von unserem Rechtsstaat erwartet wird? Das glaube ich jedenfalls nicht, eher geht ein Kamel durchs Nadelöhr.

Wie die Bertelsmann-Stiftung in einer Sonderstudie „[Religionsmonitoring 2008](#)“ feststellt habe, sind 90 Prozent der Muslime in Deutschland religiös und 45 sehr religiös und nur fünf Prozent nicht religiös und orientieren sich auch im Alltag an ihren Glaubensvorstellungen. Im weiteren Verlauf des Vortrags schloss sich Schirmmacher den Ausführungen ihrer Vorredner weitgehend an.

Nach den einzelnen Vorträgen konnten Fragen gestellt werden. In der abschließenden Diskussionsrunde fragte ich Bülent Ucar: „Sie sind doch ein gläubiger Moslem?“ Er wollte diese Frage nicht beantworten. Wahrscheinlich schwante im Schlimmes. Ich entschuldigte sich für diese ungehörige Frage, die man ja nicht beantworten muss und fuhr fort: „Wie wir von Ihrer Kollegin Nigar Yardim (Verband der Islamischen Kulturzentren e.V. VIKZ mit antiwestlichen, antidemokratischen, antichristlichen, antijüdischen und antilaizistischen Vorstellungen) anlässlich eines Vortrags in Bad Godesberg erfahren konnten, ist ein gläubiger Moslem auf Lebenszeit der Scharia verpflichtet, passt sich aber, solange Muslime in Deutschland noch nicht in der Mehrheit sind, dem Grundgesetz an.“ Ich erwähnte, dass jeder dritte junge Moslem für die Einführung der Scharia in Deutschland sei. Dann sprach ich auch noch den täglich auf den Straßen und in den Schulen erlebten Rassismus der Muslime gegenüber Deutschen an und zitierte ein Beispiel aus der Praxis.

Der Moderator ging schnell zum nächsten Fragesteller, der auf die türkisch ausgerichtete Politik der DITIB und deren Einfluss auf die entsandten Imame hinwies. Ein anderer Herr meinte, er habe auf derartigen Veranstaltungen noch nie gehört, dass einmal ein Staatsrechtler zum Thema „Vereinbarkeit von Scharia und Grundgesetz“ eingeladen worden sei. Das sei doch mal ein interessantes Thema für eine der nächsten Veranstaltungen.

Die beiden letzten Fragen wurden beantwortet, meine jedoch nicht, worauf ich hinwies. Nun eilte der Geschäftsführer der

Akademie, Dr. Berger, auf mich zu, offenbar in der Absicht, mich des Saales zu verweisen. Ich ging ganz von selbst, nicht ohne laut zu rufen, dass kritische Fragen ja bekanntermaßen in solchen Diskussionsrunden nie erwünscht seien und ich daher so eine Veranstaltung gerne verließ (bevor die Polizei gerufen wird). Als die Veranstaltung beendet war, kam Professor Kronenberg auf mich zu und entschuldigte sich sehr höflich bei mir: Selbstverständlich könnten kritische Fragen gestellt werden und das habe Herr Ucar dann später auch getan.

Vor der Türe sprach mich eine junge Frau an. Ich stellte mich als PI-Reporterin vor und testete ihr Islamwissen. Ergebnis: Von nichts eine Ahnung. Was den alltäglichen muslimischen Rassismus gegen Deutsche anging, stimmte mir die Dame zu. Dann outete sie sich als Reporterin von „Radio Bonn-Rhein-Sieg“ (schwer links) und fragte, ob ich ihr ein Interview geben wolle. Ich sagte: „Um Gottes willen, linken Sendern gebe ich keine Interviews“, überreichte ihr meine Visitenarte und empfahl ihr, sich auf PI zu informieren. Das wollte sie gerne tun.

Als Ucar zur Türe herauskam, fragte ich ihn noch, wie er zum neuen muslimischen Antisemitismus stehe, den seine Brüder letztes Jahr in zahlreichen Städten bei Pro-Palästina-Demonstrationen lautstark öffentlich zur Schau getragen hätten („Juden ins Gas“, „Kindermörder Israel“ etc.). Da sein Taxi wartete, rannte er schnell weg und konnte mir leider auch diese Frage nicht beantworten.

Zusammenfassend ist festzustellen: Den Kämpfern für Demokratie, Freiheit und Menschenrechte stehen angesichts einer wachsenden korangläubigen Bevölkerung mit ihrer gewalttätigen linksextremen Lobby schwere Zeiten bevor. Und übrigens: PEGIDA ist alternativlos!